

Einzelpreis 30 Mark.

In Lodz ohne Zustellung wöchentlich 175 Mk. und monatlich 700 Mk. mit Zustellung ins Haus wöchentlich 200 Mk. u. monatlich 800 Mk. durch die Post bezogen monatlich in Polen 800 Mk. Ausland 1600 Mk.

Die 7-spaltige Nonpareille 40 Mark; die 4-spaltige Nonpareille 200 Mk. Einzelanfertigung im lokalen Teil 200 Mk. für die Korpusse; für das Ausland kommt ein Zustellungsbeitrag hinzu; für die erste Seite werden keine Anzeigen angenommen. Honorare werden nur nach vorheriger Vereinbarung gezahlt. Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Freie Presse

Verbreitetste deutsche Tageszeitung in Polen.

Nr. 46

Sonntabend, den 25. Februar 1922

5. Jahrgang

Der baltische Staatenbund.

In der „Kriegs- und Friedenszeit“ der baltischen Staaten, die einen Lebensakt über die Welt hinaus zur Schaffung eines baltischen Staatenbundes bilden. Die Hauptgrundlage dieser Einigung sollen die gemeinsamen Wirtschaftsinteressen sein, die sich gegen die Interessen der Weltmächte abgrenzen. In der baltischen Welt, die sich gegen die Weltmächte abgrenzen, haben die baltischen Staaten ein Interesse daran, mit den baltischen Ländern in eine gemeinsame, damit sich ein Staat, eine Union, ein Staatenbund bilden. Ein Staatenbund, der ein Leben lang bestehen soll, muss ein Leben lang bestehen. Ein Staatenbund, der ein Leben lang bestehen soll, muss ein Leben lang bestehen. Ein Staatenbund, der ein Leben lang bestehen soll, muss ein Leben lang bestehen.

Die leitenden Staatsmänner der russischen Nachfolgestaaten, Polen, Finnland, Lettland, Estland und Litauen, haben schon längst die Notwendigkeit eines engen wirtschaftlichen und politischen Zusammenhanges erkannt. Denn sie haben das verständliche Empfinden, dass jeder einzelne dieser Staaten überlebt werden kann. Wenn es trotzdem bisher zu dem Zusammenhänge, zu dem wiederholten Anläufe genommen worden sind, nicht gekommen ist, so liegt das an den inneren Verhältnissen der einzelnen Staaten und mehr noch an den Sonderinteressen einzelner von ihnen, die mit denen der übrigen Kontrahenten schwer in Einklang zu bringen sind.

An der ersten dieser Konferenzen, die im Frühjahr 1920 in Wilhelmsdorf bei Riga abgehalten wurde, beteiligten sich neben Estland, Lettland und Finnland auch Polen und Litauen. Diese Konferenz, welche die Gründung eines Fünf-Staaten-Bundes bewerkstelligte, ergab keinerlei reale Resultate, sondern erzielte nur den Beweis für die divergierenden Interessen der einzelnen Staaten. Polen wollte als starkes Mitglied der in Betracht kommenden Mächte die Hegemonie übernehmen, und zwar möchte es von vornherein eine Zuspitzung der baltischen Entente nach zwei Fronten: gegen Deutschland und gegen Russland. Mit der Wendung gegen Deutschland konnte sich Finnland nicht einverstanden erklären, während die anderen baltischen Staaten im Hinblick auf die sich anbahnenden Transitbeziehungen zu Russland um so weniger Grund hatten, es mit der Estnischen Regierung zu verfeinden, als diese in nicht missverständlicher Weise erklärt hatte, dass sie eine beratende Stellung als casus belli aufheben und danach handeln würde. Dazu kam noch, dass Litauen wegen der Willensfrage von Polen überhaupt nichts wissen wollte, während die anderen Staaten, ganz abgesehen von anderen Gründen, eine Kooperation mit der von Polen gewünschten militärischen Ausgestaltung auch darum als unannehmbar zurückweisen mussten, als diese wirtschaftlich vollständig unzulässigen Staaten nicht die Möglichkeit hatten, ihre Budgets durch Zusatzen für militärische Zwecke schwer zu beladen. Wenn somit der erste Versuch daran scheitern musste, dass die baltischen Staaten keine Richtung wählten, sich als Partner zwischen Deutschland und Russland zu betrachten, sondern an dem Gedanken der völligen Verbindung der Kräfte schieden, so e gaben sich späterhin auch in den gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen keinerlei Stiefel. Die von Abschlüssen einer solchen Föderation bisher nicht spruchreif werden ließen.

Am 18. Dezember v. J. fand in Riga eine Konferenz der Außenminister Lettlands, Estlands und Finnlands statt, auf der die Ergebnisse der letzten Rigaer Konferenz, an der auch Russland teilgenommen hatte, besprochen wurden. Monach die Konferenz sich offiziell der Besprechung allgemeiner Fragen der baltischen Staaten zuwandte. So sei hier eingeschaltet, dass auf der Konferenz netter auch die baltische Frage, an der Finnland auf das lebhafteste Interesse hat, besprochen wurde. Denn wenn auch die Beschlüsse der amlichen Telephonkonferenz darüber nichts beizubringen und die Außenminister Ausfragern gegenüber sich in vieldeligen Schweigen hüllten, so verhielt sich der Sowjetgesandte in Riga, Herr Panecel, fürstlich, dass nicht, kurz vor seinem Abgang aus Riga zu erklären, für ihn unterliege es keinem Zweifel, dass die Rigaer Konferenz sich weniger mit wirtschaftlichen Fragen, als mit der baltischen Frage und der baltischen Frage beschäftigt habe. Herr Panecel unterließ nicht, zu betonen, dass jede Einmischung der baltischen Staaten in die baltische Frage, sei sie auch nur moralischen Charakters, die Wirtschaftlichen Interessen der baltischen Staaten, was zumgemäß auch ihren Einfluss auf unsere wirtschaftlichen Beziehungen nicht verschleiden würde. Die baltischen Staaten können in keiner Weise an der Einmischung der baltischen Frage interessiert sein, und jedes Her-

vortreten ihrerseits zugunsten Russlands würde dieses als feindliche Handlung betrachten, was naturgemäß eine entsprechende Rückwirkung hervorgerufen würde. „Ich glaube“, so schloß Herr Panecel, „an die nüchterne Einsicht der baltischen Staatsleiter, Lettlands in erster Linie, und zweifeln nicht, dass die baltischen Staaten in dem russisch-finnländischen Streik absolute Neutralität bewahren werden.“

Dieser Erklärung des Sowjetgesandten steht eine Erklärung des lettischen Außenministers Mejerowicz entgegen, der die Neutralität der baltischen Staaten in der baltischen Frage betont. Jedoch das Recht beansprucht, Finnland bei seiner Eingabe an den Völkerbund zu unterstützen. Man müsse endlich begreifen, dass die baltische Entente keine leere Phrase sei.

Wie man sieht, besteht also die Entente, wenn auch noch nicht de jure, so doch de facto, und man kann wohl annehmen, dass die bevorstehende Rigaer Konferenz zu einem förmlichen, wenn auch vorab noch lockeren Bündnis führen wird.

Um die in diesem Sommer in Riga beschlossene wirtschaftliche Annäherung mit Estland zu fördern, delegierte die lettische Regierung einen Spezialisten in Wirtschaftsfragen nach Riga, der Einblick in die einschlägige lettische Gesetzgebung und in den Handelsvertrag zwischen Finnland und Estland genommen und von seinen Eindrücken bereits der Presse Mitteilung gemacht hat. Diese Reise des Direktors der lettischen Kredit-Abteilung, Herrn Rahkila, hat zweifellos, ohne den Zweck gehabt, insbesondere die Grundlagen für ein gemeinsames Zollsystem zu schaffen; in dieser Richtung wird in beiden Staaten schon seit geraumer Zeit gearbeitet.

Wie die Dinge liegen, muß man annehmen, dass es Lettland und Estland gelingen wird, wenigstens mit Finnland zu einer politischen Einigung zu gelangen, und dass wahrscheinlich Litauen sich dem Dreieund anschließen wird.

Die Genuefer Konferenz vertagt.

Rom, 24. Februar. (Pat.) Amtlich wird bekanntgegeben, dass infolge der Ministerkrisis die Genuefer Konferenz vertagt werden muß. In aller nächster Zeit wird sich die italienische Regierung mit den Staaten der Verbündeten über die Festsetzung eines neuen Termins verständigen.

Polen und Genua.

Vorbereitungsbereiten in Warschau. Herr Anton Wieniawski, dem die Warschauer Regierung die Leitung der Vorbereitungsbereitungen übertragen hat, die mit der Teilnahme Polens an der Konferenz von Genua verbunden sind, machte Pressvertretern Mitteilungen über den bisherigen Verlauf der Tätigkeit sowohl des Hauptbüros wie auch der einzelnen Ausschüsse der organisierten polnischen Delegation zu dieser Konferenz.

Die politische Leitung der Delegationsarbeiten ruht in den Händen des Außenministers, mit dem das Komitee in enger Verbindung steht. Die einzelnen Ausschüsse werden kurze Memorials über den Stand der wichtigsten Seiten des politischen Lebens verfassen. So wird die Finanzkommission einen Bericht ausarbeiten, der unsere Finanzen illustriert wird, unter Berücksichtigung der Ausgaben, die mit der Bildung der staatlichen Einrichtungen, mit der Führung des Krieges und mit dem Stand der polnischen Valuta verbunden sind.

Der Ausschuss für Handel und Industrie soll einen Bericht über die wirtschaftliche Lage Polens ausarbeiten, sodann ein Referat über die Landwirtschaft, über die Regulierung des Handels sowie über den Wiederaufbau Russlands im Sinne polnischer Anschauungen und Tendenzen. Im Zusammenhang mit diesen Arbeiten wurde im Einverständnis mit dem Technischen Beirat mit der Registrierung der polnischen Wirtschaft begonnen, die bereits in Russland tätig waren.

Die Bestrebungen der Regierungen und der Kommission sind darauf gerichtet, dass Polen auf der Konferenz von Genua eine aktive Rolle spielen soll.

Genua und die Kleine Entente.

Warschau, 24. Februar. (Pat.) Der Außenminister erklärt, dass die Sachverständigen der Kleinen Entente am 5. März in Belgrad zusammenkommen sollen um das Programm der Genuefer Konferenz zu be-

Wenn somit begründete Aussicht auf einen Vierbund vorhanden ist, so kann von einem Fünfer-Zusammenschluss, d. h. von dem Beitritt Polens keine Rede sein. — Dem stehen nicht nur die mehr als gespannten polnisch-litauischen Beziehungen im Wege, sondern auch die feindselige Haltung Polens zu Lettland, die in ganz konkreten Maßnahmen zum Ausdruck gelangt ist. Womöglich von französischer Seite Anstrengungen gemacht werden, zu vermitteln, so haben diese Bemühungen bisher zu keinem Ergebnis geführt. (Der Brief ist vor dem Bekanntwerden der polnisch-finnländischen Verhandlungen und vor der Aberaumung der Warschauer Konferenz Polens mit den befreundeten Staaten geschrieben. Die Schrift.)

Tatsächlich kommt es nicht auf die augenblickliche Stärke der Bundesstaaten an, sondern auf den Willen, den Bundesgedanken in die Tat umzusetzen. Ist erst einmal der Grund hierzu gelegt, so wird der Anschluß der übrigen Staaten viel schneller erfolgen, so werden auch die zwischen ihnen noch schwebenden Konflikte im Interesse einer gemeinsamen Front gegenüber gegenwärtiger viel länglicher Bedrohung aus dem Osten viel leichter aus der Welt geschafft werden können.

Wie es scheint, will, hat man die Freifallen gelassen, als müßten die Randstaaten unbedingt entweder eine deutsche oder eine Entente-Orientierung einhalten, man bereitet nun den Boden für eine selbständige Randstaatenpolitik, die nicht fremden Interessen, sondern dem Schutz der eigenen Unabhängigkeit und des Friedens dient.

Die Interessen der baltischen Randstaaten berühren sich insoweit auf das Engste, als diese Länder einst unter dem maßgebenden politischen und wirtschaftlichen Einfluß des Zarenreiches gestanden haben, und daß diese Länder ihre Unabhängigkeit von dieser Seite bedroht sehen können.

Die bevorstehende Zusammenkunft Poincarés mit Lloyd George.

Paris, 24. Februar. (Pat.) Es scheint bereits festzustehen, daß Poincaré am Sonnabend Paris verläßt, um Lloyd George zu begreifen. Die Rückkehr nach Paris soll am Abend desselben Tages stattfinden.

London, 24. Februar. (Pat.) Lloyd George reist Sonnabend morgen nach Boulogne zur Begegnung mit Poincaré und kehrt nachts wieder nach London zurück.

Der Umstand, daß amtlicherseits über das Programm dieser Besprechungen nichts Bestimmtes bekannt gegeben worden ist, gibt der Presse wie immer Gelegenheit, sich in den verschiedensten Mutmaßungen zu ergehen. Gleichwohl dürfte zwei Pressbestimmen mehr Wichtigkeit zukommen, da sie nach Form und Inhalt eine Inspiration von berufener Stelle vermuten lassen.

Wir verzeichnen darüber nachstehende Mitteilungen:

Paris, 24. Februar. (Pat.) „Petit Parisien“ schreibt über die Konferenz Lloyd Georges mit Poincaré, daß hinsichtlich der in der französischen Denkschrift vom 5. Februar berührten Punkten die folgenden in halbamtlicher Form angenommen werden dürften: Auf der Konferenz in Genua wird kein Friedensvertrag beschlossen werden, das letzte die Entscheidungfrage nicht. Sodann wird der Völkerbund den Austrag erhalten, sich mit denjenigen Fragen zu beschäftigen, die auf der Konferenz nicht besprochen werden. Außerdem hätte der Völkerbund über die Ausführung der Konferenzbeschlüsse zu wachen. Die Teilnahme der Sowjets an der Konferenz darf deren Anerkennung de jure nicht im Gefolge haben, doch müge die Möglichkeit gegeben werden, mit ihnen ein Wirtschaftsabkommen abzuschließen. Schließlich müge man sich darüber einig sein, daß der in Genua gefasste Beschluss bezüglich der Ersetzung von Verpflichtungen seitens gewisser Staaten, sich gegenseitig nicht anzuweisen, nur formell beständig (1) werde, da er sich auf keine besondere Konvention beruhe.

Rome, 24. Februar. (Pat.) „L'Espresso“ schreibt anläßlich der Begegnung Lloyd Georges mit Poincaré, daß in erster Linie der Stand-

Freiheit mit Ausnahme der nach Sonntag folgenden Tage täglich früh. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berliner Straße 86 Tel. 636. Bei Betriebsstörung durch höhere Gewalt Arbeitsniederlegung oder Ausperrung hat der Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Eigene Vertretungen in: Alexandrow, Bialystok, Chelm, Kalisch, Kolo, Konstantinow, Lwow, Lublince, Rappin, Sarnowice, Tomaszow, Turek, Wloclawek, Zbuzna, Wola, Zgierz usw.

punkt der Verbündeten gegenüber Sowjetrußland und Deutschland zur Sprache gelangen müßte. England und Frankreich müßte darüber zu einer völligen Einigung gelangen, daß die Zulassung der Sowjetvertreter zur Konferenz durchaus nicht die Anerkennung der Sowjets de jure bedeute. Auf der Konferenz in Genua wird man sowohl Rußland wie auch Deutschland gegenüber Vorstandsmaßnahmen ergreifen müssen. Die Deutschen, so schreibt das Blatt, haben sich verschoren, den Versäfler Vertrag zu kürzen und verlangen, daß man vor Beginn der Konferenz sich mit der grundsätzlichen Prüfung der Wirtschaftslage Deutschlands befaßt. Die Verbündeten seien überzeugt, daß Deutschland absichtlich eine Politik des Staatsbankrotts betreibt. Man müßte Deutschland zwingen, die Ausgabe von Papiergeld einzustellen sowie den Kurs der deutschen Mark zu heben.

Deutschland und Rußland seien bestrebt, England und Frankreich von einander zu trennen. Das einzige Mittel gegen diese feindselige Arbeit sei der französisch-englische Vertrag. Dennoch müßten auch die Beratungen Lloyd Georges mit Poincaré im Zeichen einer vollständigen Einigung sowie der Achtung des Versäfler Vertrages stehen, so daß nur die Entschädigungskommission und der Völkerbund Verhandlungen vornehmen könnten.

Deutsche Sachverständige für Rußland.

Berlin, 24. Februar. (Pat.) Der „Volkswagen“ berichtet, daß das Reichswirtschaftsministerium nach Beratungen mit Organisations der Berufsverbände eine Reihe von Sachverständigen ernannte, die als Handelsvertreter in Moskau die wirtschaftlichen und Handelsverhältnisse Russlands prüfen sollen. Zwei von diesen Sachverständigen, Herr Hugo und Herr Hengel, sind nach Rußland abgereist. Die Delegation soll aus 8 Personen in Moskau sein.

Neue deutsche Siedelungen im Wolgagebiet.

„Volkswagen“ meldet aus Moskau, daß die deutsche Gesellschaft „Freiland“ 50 000 Desjatinen Land im Wolgagebiet in Pacht erhielt.

Toffre in Japan.

Nachrichten aus Tschita zufolge ist Reichshaus Toffre in Japan angekommen. Er wird auf seinen Reisen von zahlreichen Offizieren begleitet, die in Sibirien unter General Janin gedient haben.

Für Verjüngung von Deutschland und Frankreich.

Ein Aufruf der Liga für Menschenrechte.

Die französische Liga für Menschenrechte und die aus dem Bund „Neues Vaterland“ emkandene Liga für Menschenrechte erlassen gemeinsam einen Aufruf an die Demokraten Deutschlands und Frankreichs. Der Aufruf beginnt folgendermaßen:

Nach der ungeheuren Katastrophe, die die Welt seit Millionen Menschenleben und sozial unerträgliche Werte gekostet hat, streben die demütierten und zerrunden gerichten Völker leidenschaftlich nach Sicherung des Friedens und nach Verjüngung. Die einflussreichen Menschen aller Nationen sind sich darüber klar, daß dieses Friedenswerk nur durch die gemeinsamen Anstrengungen aller Demokratien, vor allem aber der französischen und der deutschen, verwirklicht werden kann. Diese Aufgabe sollen die französische Liga für Menschenrechte und der deutsche Bund „Neues Vaterland“ gemeinsam übernehmen. Zur Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland erachten sie folgendes als erforderlich:

1. Deutschland muß sich nicht nur wirtschaftlich, sondern auch moralisch verpflichtet halten, die Schäden wieder gut zu machen, die Frankreich durch den deutschen Einfall erlitten hat, und Deutschland muß dafür sorgen, daß zu diesem Zweck den begüterten Klassen die notwendigen Opfer auferlegt werden. Frankreich seinerseits darf sich der Wiedergutmachung durch Sozialleistungen nicht widersetzen.

2. Um das gegenseitige Vertrauen zwischen beiden Völkern zu befestigen, muß Deutschland den verhassten Widerstand gegen die Entlassung brechen und diese in lokaler Weise durchführen. Frankreich aber muß, wenn ihm damit Sicherheit geschaffen wird, sich auch abtrüben und damit die Wiedergutmachung herbeiführen.

